

## Sozialer Kurswechsel

Entwurf für das Kapitel Sozialpolitik des  
Landesaktionsprogrammes DIE LINKE. NRW  
zum Gründungslandesparteitag  
am 20. und 21. Oktober 2007

von Ingrid Remmers, Bochum und  
Carolin Reißlandt, Köln

Für einen sozialen Kurswechsel in NRW:  
Sozialabbau und (Kinder-)Armut bekämpfen!

Armut und Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Immer mehr Menschen in NRW, darunter vor allem Kinder und Jugendliche, Familien, Alleinerziehende und RentnerInnen, leben in materieller Not und zunehmender sozialer Isolation. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Mobilität sind für sie inzwischen zu Fremdwörtern geworden. Während vor Einführung von Hartz IV ca. 1,18 Mio. Menschen in NRW Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezogen, waren Ende 2005 bereits ca. 1,63 Mio. Menschen im Hartz IV- Bezug. Parallel dazu steigt die Altersarmut. Aufgrund von „Nullrunden“ bei den Renten bei gleichzeitig steigenden Lebenshaltungskosten und „Reformen“ wie die Rente mit 67 sinken die Einkommen von RentnerInnen weiterhin drastisch. Besonders betroffen sind davon ältere Frauen und MigrantInnen.

Auf der anderen Seite liegen zwei Drittel aller Vermögen in NRW in der Hand von 20 Prozent der Haushalte, von denen wiederum 5 Prozent fast 30 Prozent des Gesamtvermögens kontrollieren. Großkonzerne und Familiendynastien häufen unvorstellbaren Reichtum an und demonstrieren ihre karitative Fürsorge öffentlich über Stiftungen, mit deren Hilfe sie wiederum Steuern sparen. Sie übernehmen damit sozusagen „privatisiert“ soziale Aufgaben, für welche die öffentliche Hand angeblich kein Geld mehr hat. Dabei liegen die Ursachen für knappe Kassen in der Senkung der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuern sowie der Spitzensteuersätze. Damit dient diese Politik einseitig den Interessen der Konzerne, der Unternehmen und den ohnehin Reichen, nicht aber der Mehrheit der Bevölkerung.

Die Politik der sozialen Spaltung, die wachsende Armut und den angehäuften Reichtum zu bekämpfen, ist ein zentrales Anliegen der LINKEN in NRW und auf Bundesebene!

Hartz IV ist gescheitert

Die von Rot/Grün beschlossenen Hartz - Gesetze haben entgegen der offiziellen Propaganda nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern zu mehr Armut geführt. Im ersten Quartal 2007 lebten in NRW fast 480.000 Kinder unter 15 Jahren, deren Mütter und/oder Väter auf das sog. Arbeitslosengeld II angewiesen waren. Sie können von 2,28 € täglich weder ausgewogen und gesund ernährt werden, noch reichen 1,63 € monatlich für die Ausstattung mit notwendigen Schulmaterialien. Starre Eckregelsätze verhindern die Berücksichtigung von besonderen Lebenssituationen, wie sich jährlich bei den Einschulungen zeigt. Die regierenden Rathausparteien in NRW tragen diese skandalöse Politik mit. Die örtlichen ARGEN

zwingen Hartz IV-Betroffene in 1 €-Jobs und zur Aufgabe ihrer Wohnungen, indem unverhältnismäßig niedrige Mietpreise zugrunde gelegt werden. Die Linke.NRW fordert deshalb bundesweit die Einführung einer armutsfesten, repressionsfreien und am Bedarf orientierten Grundsicherung, die mindestens 450 € plus Miete betragen sollte.

In NRW tritt Die Linke. für folgenden Forderungen ein:

- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch kommunale Beschäftigungsprogramme statt 1 € - Jobs
- Sofortige Beendigung von Zwangsumzügen durch Orientierung der Mietpreise von Hartz IV-Betroffenen an den ortsüblichen Mieten
- Lernmittelfreiheit, kostenloses Schulessen und kostenloser Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Sportvereinen für Kinder im Hartz IV-Bezug
- Einführung eines Sozial-Passes mit Sozialticket, um Hartz IV-Betroffenen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen

Gegen die Kürzungspolitik - Für eine bedarfsgerechte Sozialinfrastruktur

Die Städtebauförderung des Landes wurde und wird weiter drastisch gekürzt. Um eine weitere soziale Spaltung NRWs in arme und reiche Gebiete zu verhindern, muss das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt besonders von der Landesregierung finanzkräftig unterstützt werden, damit es auf weitere benachteiligte Regionen und Stadtteile ausgedehnt werden kann. Auch die soziale Wohnungspolitik in NRW muss wieder gestärkt werden. Derzeit fallen durch die unsoziale Landespolitik z.B. kommunale Belegungsrechte weg und die Ausgleichsabgabe für Sozialwohnungen wurde abgeschafft. Dies führt zu einer Subventionierung einkommensstarker Haushalte durch öffentliche Kassen, während sich für Bedürftige der ohnehin knappe Sozialwohnraum weiter verknappert. Auch „neue Wohnformen“ für ältere Menschen werden nicht mehr gefördert.

In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Jahrelange Mittelkürzungen, wie zuletzt beim Landesjugendplan um 17 Mio. € und demnächst durch das KIBIZ, sowie der Abbau von Qualitätsstandards sind für die LINKE. NRW keine Lösung, sondern Ursache der sich verschärfenden sozialen Spaltungen. Um den Menschen mit geringem Einkommen wieder bessere Lebens- und Teilhabebedingungen zu bieten, fordert Die LINKE. NRW besonders in benachteiligten Sozialräumen einen Ausbau der öffentlichen Kultur-, Sport-, Kinder- und Jugend-, Familien-, Behinderten- und RentnerInnenangebote. Für Geringverdienende sind diese kostenfrei zu gestalten; der Ausbau ist am Bedarf zu orientieren. Dies trifft ebenso für soziale Dienste in den Kommunen zu, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Weitere Kürzungen lehnen wir dort ebenso ab wie die betriebswirtschaftliche Umstrukturierung.

Kürzungen im Gesundheits- und Behindertenbereich zurücknehmen!

Eine Gesellschaft, die sich demokratisch und sozial nennt, muss sich daran messen lassen, wie sie mit den schwächsten ihrer Mitglieder umgeht. Die Interessen von Behinderten und chronisch Kranken werden jedoch allzu oft vernachlässigt. Dies zeigen die nach wie vor häufig fehlende Barrierefreiheit oder das völlig unzureichende Angebot an integrativen Kindertagesstätten und Schulen.

Behinderung und Krankheit dürfen nicht länger zu Ausgrenzung und sozialer Benachteiligung führen. Die elf Versorgungsämter in NRW müssen erhalten bleiben – ihre Zerschlagung geht zu Lasten der Kommunen!

Dem Rotstift der Landesregierung zum Opfer gefallen sind auch Mittel für die Drogen- und Suchthilfe. Niedrigschwellige Beratungsangebote, Kontaktcafés, Ambulanzen, psychotherapeutische Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen mussten teils schon geschlossen werden. Ebenfalls wurde die Krankenhausfinanzierung bundesweit zu Lasten der Kommunen neu geregelt. Krankenhäuser mit breitem Leistungsangebot in kommunaler Trägerschaft dürfen nicht die Verlierer dieser Entscheidungen sein. Wir setzen uns für den Erhalt eines breiten und flächendeckenden Angebots kommunaler Gesundheitsversorgung ein.

DIE LINKE. NRW setzt sich in den Kommunen und im Land besonders ein für

- Mobilität für alle: regionale Sozialtickets für den Öffentlichen Personennahverkehr und Sozialpässe für Kultur- und Sporteinrichtungen für Menschen mit geringem Einkommen
- Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren und Altenbegegnungsstätten in den Stadtbezirken
- Ausbau von kostenfreier, qualitativ hochwertiger Ganztagsbetreuung für (Klein-)Kinder, statt Aufbewahrung in Ganztagschulen
- Ermäßigte Fahrdienste für ältere Menschen in den Kommunen
- Die Wieder-Ausweitung von öffentlich-sozialem Wohnungsbau durch das Land und die Kommunen. Dabei sind besonders die Bedürfnisse von kinderreichen, behinderten und/oder alten Menschen zu berücksichtigen
- Barrierefreiheit für behinderte Menschen, integrative Kindertageseinrichtungen und Schulen und den Erhalt von Versorgungsämtern
- Erhalt der Landesförderung für die 75 Arbeitslosenzentren und die 65 Arbeitslosenberatungsstellen in NRW

Die LINKE fordert die Rücknahme des Abbaus der bereits erreichten Sozialstandards und darüber hinaus deren Ausweitung gemessen an den heutigen Bedürfnissen aller Teile unserer Gesellschaft.

Eine Sozialpolitik, die ihrem Namen gerecht wird, ist nicht nur möglich, sondern längst überfällig!

27.08.2007 Ingrid Remmers und Carolin Reißlandt

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>